

Antwort

der Bundesregierung

**auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Ulla Jelpke, Petra Pau,
Wolfgang Gehrcke, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.
– Drucksache 16/6215 –**

Leistungen der Bundeswehr im Innern anlässlich des G8-Gipfels (Nachfrage zur Bundestagsdrucksache 16/5148)

Vorbemerkung der Fragesteller

Umfang und Qualität des Bundeswehreinsatzes zum G8-Gipfel unterliegen weiterhin einer starken öffentlichen Kritik. Dass Tornados der Luftwaffe mit der Überwachung von Protestcamps beauftragt, Spähpanzer der Bundeswehr zur Kontrolle etwaiger „verdächtiger“ Bewegungen an strategisch wichtigen Punkten stationiert waren und Polizeikräfte von Bundeswehrfahrzeugen transportiert worden sind, wird vielfach als verfassungswidrig eingeschätzt. Starke Kritik gibt es auch an der Informationspolitik der Bundesregierung. So hat die Bundesregierung trotz mehrerer parlamentarischer Anfragen nach dem Umfang des Bundeswehreinsatzes den Einsatz von Tornados erst zugegeben, nachdem entsprechende Presseberichte erschienen waren.

Die Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage „Einsatz der Bundeswehr im Inneren anlässlich des G8-Gipfels“ vom 11. Juli 2007 (Bundestagsdrucksache 16/6046) wird von den Fragestellern für völlig ungenügend gehalten.

Vorbemerkung der Bundesregierung

Die von der Bundeswehr geleistete Unterstützung während des G8-Gipfels wurde im Rahmen der technisch-logistischen Amtshilfe und der Maßnahmen zur Sicherheit im Luftraum durchgeführt.

Die Antrags- und Genehmigungsverfahren entsprachen den rechtlichen Vorgaben und waren verfassungsrechtlich zulässig.

Mit dem „Bericht des Bundesministeriums der Verteidigung zu Unterstützungsleistungen der Bundeswehr im Rahmen der Amtshilfe anlässlich des G8-Gipfels in Heiligendamm vom 6. bis 8. Juni 2007“ an den Verteidigungsausschuss des Deutschen Bundestages vom 2. Juli 2007 wurden die Unterstützungsleistungen detailliert dargestellt und über die Durchführung informiert.

Im Übrigen wird auf die Vorbemerkung der Bundesregierung in der Antwort der Bundesregierung (Bundestagsdrucksache 16/6046) auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Ulla Jelpke, Karin Binder, Sevim Dağdelen, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE. – Bundestagsdrucksache 16/5698 – verwiesen.

1. Zu welchem Zeitpunkt wurden Amtshilfeanträge anderer Behörden an das Bundesministerium der Verteidigung oder nachgeordnete Dienststellen der Bundeswehr gestellt?

Auf die Anlage 1 wird verwiesen.

- a) Was war jeweils der Wortlaut des Amtshilfeersuchens?
- b) Mit welchen sachlichen Erfordernissen wurde das Ersuchen begründet, und was wurde als Zweck der von der Bundeswehr angeforderten Leistungen angegeben (bitte detailliert erläutern)?

Auf die Anlage 1 wird verwiesen.

- c) Enthielten die Amtshilfeersuchen jeweils genau angegebene Einsatzzahlen und konkret beschriebene Gerätschaften/Fähigkeiten/Materialien, und wenn ja, hat die Bundeswehr vor Endredaktion der Amtshilfeersuchen entsprechende Hinweise über die vorhandenen Potentiale gegeben?

Es wurden sowohl Fähigkeiten als auch konkrete Gerätschaften beantragt. Die Territorialen Kommandobehörden der Bundeswehr haben im Rahmen ihrer Beraterfunktion Hinweise auf die vorhandenen Potentiale gegeben. Im Übrigen wird auf die Anlage 1 verwiesen.

- d) Wer hat zu welchem Zeitpunkt darüber entschieden, in welcher konkreten Form den jeweils bewilligten Amtshilfeersuchen stattgegeben werden soll (bitte nach den einzelnen Amtshilfeersuchen aufgliedern und militärische Abkürzungen ggf. erläutern)?

Auf die Anlage 1 wird verwiesen.

- e) Welchen konkreten Amtshilfeersuchen lassen sich die auf Bundestagsdrucksache 16/6046 in Anlage 2 aufgeführten Verwendungen von Truppenteilen jeweils zuordnen und wie wurde der zur „Eigensicherung“ erforderliche Bedarf von der Bundeswehr begründet?

Die Zuordnung von Truppenteilen zu konkreten Amtshilfeersuchen ist der Anlage 2 zu entnehmen.

Eigensicherung umfasst die Absicherung von Personal, Material, Gerät und Liegenschaften/Objekten der Bundeswehr gegen Übergriffe. Der hierfür erforderliche Bedarf an Kräften und Mitteln leitet sich aus der Gefährdungslage sowie der Größe des Kontingentes und der Größe des zu bewachenden Objektes ab.

2. Wie wurden die Amtshilfeverfahren vorbereitet?

Die Vorbereitung der Amtshilfeverfahren obliegt dem Antragsteller.

- a) Welche Vorab-Anfragen, informellen Gesuche, Gespräche und andere Vorbereitungen gingen den formellen Amtshilfeersuchen voraus?

Die erste Verbindungsaufnahme durch den beauftragten Polizeiführer des Landes Mecklenburg-Vorpommern erfolgte am 19. Juli 2005 mit der Ankündigung

einer ersten groben Skizzierung des Unterstützungsbedarfs durch die Bundeswehr für den G8-Gipfel 2007.

Die Erstbesprechung im Innenministerium Mecklenburg-Vorpommern erfolgte am 5. Oktober 2005, die erste Organisationsbesprechung zwischen Wehrbereichskommando I „Küste“ und dem verantwortlichen Polizeiführer Besondere Aufbauorganisation (BAO) KAVALA fand am 30. November 2005 statt und wurde dann mit weiteren Besprechungen im 8-wöchigen Rhythmus fortgesetzt.

Um den Unterkunftsbedarf der Polizei mit den infrastrukturellen Möglichkeiten abzustimmen, wurden Gespräche in den jeweiligen Bundeswehrliegenschaften mit der Polizei durchgeführt. Darüber hinaus hat es keine der Bundesregierung bekannten weiteren informellen Gesuche, Gespräche oder andere Vorbereitungen von ersuchenden Behörden gegeben.

- b) Wer hat wann vor dem jeweiligen Amtshilfeersuchen die polizeilichen Ressourcen (in Bund und Ländern) ermittelt?

Die Prüfung polizeilicher Ressourcen von Bund und Ländern ist nicht Aufgabe der Bundeswehr, sondern obliegt dem Antragsteller.

- c) Wann wurde jeweils über die Kostenfrage, d. h. Kostenübernahme und Kostenumfang entschieden?

Sämtliche von der Bundeswehr erbrachten Unterstützungsleistungen werden aus dem Einzelplan 14 finanziert. Entsprechend der Verwaltungsvereinbarung zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Land Mecklenburg-Vorpommern vom 14. Dezember 2006 unterstützt der Bund das Land durch den Verzicht auf die Erstattung der Kosten der Bundesbehörden sowie verschiedener Sachkosten.

- d) Haben die ersuchenden Behörden sich vor Fertigstellung des Amtshilfeersuchens bei der Bundesregierung oder der Bundeswehr erkundigt, welche Kapazitäten ggf. zur Verfügung stünden (bitte erläutern)?

Auf die Antwort zu Frage 2a wird verwiesen.

- e) Hat die Bundeswehr vor Fertigstellung eines Amtshilfeersuchens signalisiert, dass diesem nicht stattgegeben werden könne (bitte ggf. den Inhalt des beabsichtigten Ersuchens und die Gründe angeben, die zu einer Ablehnung geführt hätten)?

Offensichtlich nicht realisierbare Forderungen wurden bereits in den Vorbesprechungen abgelehnt. Abgelehnte Forderungen werden grundsätzlich nicht erfasst.

- f) Hat die Bundesregierung die Behörden des Landes Mecklenburg-Vorpommern oder andere Behörden von sich aus auf Möglichkeiten des Bundeswehreinsatzes aufmerksam gemacht, und wenn ja,
- bei welcher Gelegenheit,
 - zu welchem Zweck,
 - welche Formen des Militäreinsatzes wurden dabei angeregt,
 - wie haben die Behörden darauf reagiert?

Nein

3. Wer hat zu welchem Zeitpunkt eine verfassungsrechtliche Prüfung der Amtshilfeersuchen vorgenommen?

Eine Prüfung der verfassungsrechtlichen Zulässigkeit von Amtshilfeersuchen erfolgte im Rahmen der Mitzeichnung der Genehmigung der Amtshilfeanträge durch den Bundesminister der Verteidigung im April 2007 durch die Abteilung Recht im Bundesministerium der Verteidigung.

- a) Wer, bzw. welche Instanz bei der Bundeswehr ist befugt, Amtshilfeersuchen zu bescheiden, und wie ist diese Befugnis nach Umfang und Qualität des Ersuchens hierarchisiert, d. h. welche Instanz kann welche Ersuchen entscheiden?

Das Bundesministerium der Verteidigung ist für die Entscheidung zuständig, wenn

- eine oberste Bundesbehörde um Amtshilfe ersucht,
- die Amtshilfe von verfassungsrechtlicher Bedeutung ist; das ist regelmäßig der Fall, wenn Polizeibehörden der Länder oder vergleichbare Vollzugsorgane des Bundes oder der Länder die Bundeswehr anfordern,
- die Amtshilfe von hoher Außenwirkung oder politisch sensitiv ist
- oder die Kosten im Wertansatz über 30 000 Euro liegen.

Bei Amtshilfeersuchen, die im Wertansatz bis 30 000 Euro liegen, entscheidet die Kommandobehörde, die über eine Abteilung Verwaltung verfügt (z. B. eine Division).

Bei einem Amtshilfeersuchen, das im Wertansatz bis 3 000 Euro liegt, entscheidet die Ebene Bataillon oder vergleichbare Ebene.

- b) Wer, bzw. welche Instanz der Polizei und des Landes Mecklenburg-Vorpommern konnte im Falle der Einsätze rund um den G8-Gipfel welche Amtshilfeersuchen nach welchen militärischen Fahrzeugen, Gerätschaften, Ausrüstungsgegenständen und Fähigkeiten stellen?

Grundsätzlich kann jede Behörde des Landes Mecklenburg-Vorpommern, die Aufgaben der öffentlichen Verwaltung wahrnimmt, Amtshilfeanträge stellen. Im Zusammenhang mit dem G8-Gipfel hatte das Innenministerium des Landes Mecklenburg-Vorpommern eine koordinierende Funktion. Darüber hinaus war die BAO KAVALA im Auftrag des Innenministeriums Mecklenburg-Vorpommern befugt, Amtshilfeersuchen an die Bundeswehr zu richten.

4. Inwiefern entspricht es den bisherigen Gepflogenheiten bei Gewährung von Amtshilfe, dass nach deren allgemeiner Bewilligung (hier der Anforderung von „Aufklärung“) die Ausgestaltung der konkreten Einsätze „den Fachleuten überlassen“ wird (Innenminister von Mecklenburg-Vorpommern Lorenz Caffier laut NDR Online-Nachrichten am 23. Juli 2007) wie im Falle der mindestens fünf nicht vom Verteidigungsminister gebilligten Tornadomissionen, d. h. mindestens zehn Flügen?

Im Sinne der Auftragstaktik ist es grundsätzlich zweckmäßig, die Ausgestaltung der konkreten Einsätze den Fachleuten zu überlassen. Dies trifft allerdings nur dann zu, wenn kein bereits sehr detaillierter und gebilligter Antrag vorliegt, sondern nur eine grundsätzlich verfügbare Fähigkeit abgefordert und diese gebilligt wurde.

5. Auf welcher Rechtsgrundlage kommen „Eurofighter“ und „Phantom“ „immer“ (Spiegel-Online 3. Juli 2007) bei Staatsbesuchen zum Einsatz, und wer fordert sie in welchem Umfang jeweils an?

Wer hat die vier „Eurofighter“ und acht „Phantom“ wann im Falle des G8-Gipfels angefordert, und wer hat den konkreten Umfang und Einsatz bewilligt?

Beim Einsatz von „Eurofighter“ und „Phantom“ ist zu unterscheiden:

1. Einsätze im Rahmen des NATO-Air-Policing erfolgen auf der verfassungsrechtlichen Grundlage des Artikel 87a GG.
2. Davon zu unterscheiden ist die polizeiliche Gefahrenabwehr im Luftraum. Bei der Gefahrenabwehr im Luftraum ist die Rechtsgrundlage für den Einsatz von „Eurofighter“ und „Phantom“ das Luftsicherheitsgesetz (vergl. insbesondere §§ 13 und 15 LuftSiG).
3. „Eurofighter“ und „Phantom“ kommen nicht bei jedem Staatsbesuch zum Einsatz. Bei offiziellen Staatsbesuchen des Herrn Bundespräsidenten kann eine Lufteskorte auf Antrag des Auswärtigen Amtes (AA) zur Begleitung des Staatsgastes im deutschen Luftraum gestellt werden.

Der Einsatz der Alarmrotten (Luftfahrzeuge des Typs „Eurofighter“ und „Phantom“) wurde nicht angefordert, sondern durch den Inspekteur der Luftwaffe in seiner Zuständigkeit für die Gewährleistung der Sicherheit im Luftraum über der Bundesrepublik Deutschland angewiesen (vergl. § 15 LuftSiG).

6. Warum wurde das Amtshilfeersuchen der Stadt Schwerin zur sanitätsdienstlichen Unterstützung durch drei Krankenkraftwagen während einer Demonstration am 2. Juni in Schwerin abgelehnt?

Das sehr kurzfristig gestellte Amtshilfeersuchen auf Unterstützung mit Krankenkraftwagen der Bundeswehr seitens der Landeshauptstadt Schwerin wurde aus Kapazitätsgründen abgelehnt.

- a) Um welche Demonstration handelte es sich dabei?

Am 2. Juni 2007 fanden im Stadtgebiet Schwerin verschiedene Demonstrationen und Veranstaltungen mit einer geschätzten Teilnehmerzahl von mehr als 6 000 Personen im Zusammenhang mit dem G8-Gipfel statt.

- b) Wann wurde das Amtshilfeersuchen gestellt, wann wurde es abgelehnt?

Der Amtshilfeantrag der Stadt Schwerin ging am 31. Mai 2007 um 14:59 Uhr auf dem Dienstweg per E-Mail in der Operationszentrale des Sanitätskommandos I in Kiel ein. Die Ablehnung des Amtshilfeersuchens erfolgte nach Prüfung durch die Operationszentrale des Sanitätskommandos I ebenfalls per E-Mail am 1. Juni 2007 um 10:14 Uhr.

- c) Lagen der Ablehnung praktische Gründe oder rechtliche Einschätzungen zu Grunde (bitte erläutern)?

Der Antrag wurde aus praktischen Gründen abgelehnt. Die für den beantragten Einsatz erforderlichen Sanitätskräfte waren in dem beantragten Zeitraum in Schwerin nicht verfügbar.

7. Welche Behörden bzw. Einrichtungen abgesehen von der BAO Kavala haben den Auftrag zur Fertigung weiterer Luftbilder außer den Aufnahmen von den Camps Reddelich und Wichmannsdorf erteilt oder waren an der Beauftragung beteiligt?

Dem Bundesministerium der Verteidigung liegen keine Informationen darüber vor, dass andere Behörden oder Einrichtungen einen Antrag zur Fertigung von Luftbildern erteilt haben bzw. an der Beantragung durch BAO KAVALA beteiligt waren.

8. Mit welchem Wortlaut hat welcher Angehörige der BAO Kavala im April 2007, der Tornado-Überwachung bestimmter Areale die oberste Priorität gegeben, und welche Areale waren damit gemeint?

Im Schreiben des Bereichsleiters Stabsbereich Einsatz der BAO KAVALA wurden keine Prioritäten festgelegt.

Im Übrigen wird auf die Sachdarstellung im „Bericht des Bundesministeriums der Verteidigung zu Unterstützungsleistungen der Bundeswehr im Rahmen der Amtshilfe anlässlich des G8-Gipfels in Heiligendamm vom 6. bis 8. Juni 2007“ an den Verteidigungsausschuss des Deutschen Bundestages vom 2. Juli 2007 für die 56. Sitzung des Verteidigungsausschusses am 4. Juli 2007 (Seite 7 ff.) verwiesen.

9. Wer hat an der Besprechung am 8. Mai 2007 teilgenommen, auf der Strecken markiert wurden, die der zweithöchsten Prioritätsstufe zugeordnet wurden und um welche Strecken handelte es sich dabei?

Eine Besprechung am 8. Mai 2007 zu dieser Thematik ist der Bundesregierung nicht bekannt.

Im Übrigen wird auf die Sachdarstellung im „Bericht des Bundesministeriums der Verteidigung zu Unterstützungsleistungen der Bundeswehr im Rahmen der Amtshilfe anlässlich des G8-Gipfels in Heiligendamm vom 6. bis 8. Juni 2007“ an den Verteidigungsausschuss des Deutschen Bundestages vom 2. Juli 2007 für die 56. Sitzung des Verteidigungsausschusses am 4. Juli 2007 (Seite 7 ff.) verwiesen.

10. Warum enthalten zahlreiche der an die BAO Kavala übermittelten Tornado-Bilder Bildunterschriften wie „Kleintransporter in unüblicher Parkposition“, „Gehöft mit möglichem Blockadematerial“, „mögliche Baumaterialien“, die offenkundig nichts mit dem behaupteten Auftrag („Erkennung möglicher Erddepots sowie die Erfassung von Manipulationen an wichtigen Straßenzügen“) zu tun haben, da parkende Autos weder ein Erddepot noch eine Bodenmanipulation darstellen?

Die in der Anfrage aufgeführten Bildunterschriften weisen auf Objekte hin, die geeignet sind, eine Manipulation von Straßenzügen herbeizuführen, zu der auch z. B. Straßensperren gehören. Daher wird hier insofern keine Abweichung vom gebilligten Auftrag gesehen.

- a) Wer hat diese Bildunterschriften auf wessen Anforderung hin erstellt?

Die Luftbilder wurden von Spezialisten des Aufklärungsgeschwaders 51 „I“ im Beisein der Polizei ausgewertet und auf deren Bitten hin beschriftet.

- b) Wann wurden diese Bildunterschriften erstellt (bitte erläutern, welche Änderungen zu welchem Zeitpunkt vorgenommen worden sind)?

Die Bildunterschriften und Beschreibungen wurden unmittelbar nach der Auswertung der Bilder am Arbeitsplatz vorgenommen.

11. Wie viele Airborne Warning and Control System (AWACS)-Flugzeuge waren im Einsatz?

Es wurden drei AWACS-Luftfahrzeuge eingesetzt.

- a) Wie viele Soldaten jeweils welcher Armee sind hierbei eingesetzt worden?

Die detaillierte Information liegt der Bundesregierung nicht vor, da es sich um einen multinationalen Verband der NATO handelt, der sich aus Vertretern der teilhabenden 16 Nationen zusammensetzt. Die genaue Aufteilung des Personals im Einsatz obliegt dem Verband.

- b) Wie viele Flugstunden haben die AWACS-Flugzeuge in Zusammenhang mit dem Gipfel absolviert?

Die drei AWACS-Luftfahrzeuge haben im Zusammenhang mit dem G8-Gipfel insgesamt ca. sieben Flugstunden absolviert.

- c) Wer hat um den Einsatz der AWACS gebeten, zu welchem Zeitpunkt und wer hat hierüber auf welchem Entscheidungsweg zu welchem Zeitpunkt entschieden?

Der Einsatz von AWACS-Luftfahrzeugen erfolgte auf Ersuchen des Inspektors der Luftwaffe in seiner Zuständigkeit für die Gewährleistung der Sicherheit im Luftraum über der Bundesrepublik Deutschland vor dem Hintergrund der Gefährdungslage. Mit Vorlage vom 30. April 2007 hat der Inspekteur der Luftwaffe Herrn Bundesminister der Verteidigung über seine Absicht unterrichtet. Der Antrag an die NATO wurde am 25. Mai 2007 vom Bundesministerium der Verteidigung an die deutsche Vertretung bei der NATO übersandt.

12. Warum wurden am 5. Juni 2007 bis zu 100 Polizisten durch V-Boote der Marine transportiert?

Warum sind ausweislich der Liste der Amtshilfeersuchen diese Transporte nicht vorab beantragt worden, auf wessen Anfrage und Veranlassung, und auf welcher Rechtsgrundlage wurden sie durchgeführt?

Am 5. Juni 2007 erfolgte kein Transport von ca. 100 Polizisten durch Verbindungsboote der Marine.

Im Übrigen wird auf die Sachdarstellung im „Bericht des Bundesministeriums der Verteidigung zu Unterstützungsleistungen der Bundeswehr im Rahmen der Amtshilfe anlässlich des G8-Gipfels in Heiligendamm vom 6. bis 8. Juni 2007“ an den Verteidigungsausschuss des Deutschen Bundestages vom 2. Juli 2007 für die 56. Sitzung des Verteidigungsausschusses am 4. Juli 2007 (Seite 20) verwiesen.

13. Woher nimmt die Bundesregierung die Gewissheit, dass die Transporte „nicht im Zusammenhang mit einem unmittelbaren polizeilichen Einsatz“ gestanden haben, wo sie doch sonst auf Fragen zu Polizeieinsätzen niemals Angaben macht und auf ihre Unzuständigkeit bzw. Unwissenheit hinweist?

Warum fand der Transport überhaupt statt und warum mit militärischen Fahrzeugen?

Auf die Antwort zu Frage 12 wird verwiesen.

14. Wie ist der Begriff eines „unmittelbar“ bevorstehenden Einsatzes zu verstehen?
- Handelte es sich um eine außerdienstliche Fahrt der Polizisten?
 - Wie viel Zeit ist bis zum nächsten Einsatz der Polizisten vergangen?
 - Hat die Polizei die Zusage gegeben, die Polizisten seien nicht auf dem Weg zu einem Einsatz, und wenn ja, hat die Polizei angegeben, wo und wann die Polizisten zum nächsten Mal eingesetzt werden, und welche Möglichkeiten hatte die Bundeswehr, dies zu überprüfen?
 - Ist die Aussage, die Polizisten seien nicht „unmittelbar“ auf dem Weg zu einem Einsatz gewesen, so zu verstehen, dass der Transport ansonsten verweigert worden wäre, und wenn ja, welche rechtlichen Überlegungen sind darüber von wem angestellt worden, welche Anweisungen an die Dienststellen der Bundeswehr sind mit welchem inhaltlichen Tenor hierzu übermittelt worden?

Auf die Antwort zu Frage 12 wird verwiesen.

15. Warum wurden vom 5. bis 8. Juni 2007 13 Bundeskriminalamt (BKA)-Beamte mit Bundeswehrehubschraubern ohne Amtshilfe suchten transportiert?

Auf Antrag des Auswärtigen Amtes und des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung wurden im Rahmen der Amtshilfe mit Hubschraubern der Bundeswehr Delegationen und weitere Teilnehmer des G8-Gipfels transportiert. Beamte des Bundeskriminalamtes haben zur Wahrnehmung ihres Personenschutzauftrages die jeweiligen Delegationsführer während des Fluges in den Bundeswehrehubschraubern begleitet.

Das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung fasst für besondere Pressetermine Journalisten zu Gruppen (Pools) zusammen. Diese Pools werden durch Medienbetreuer des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung sowie Sicherheitsbeamte des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung und Sicherheitsbeamte des Bundeskriminalamtes begleitet. So auch beim G8-Gipfel. Die Medienbetreuer des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung und die Sicherheitsbeamten des Bundeskriminalamtes waren organische Angehörige der Pools. Diese Begleitung umfasste damit selbstverständlich auch die Teilnahme an den Hubschrauberflügen der Journalisten.

- Wer hat um diese Transporte ersucht, und auf wessen Veranlassung, und auf welcher Rechtsgrundlage wurden diese Transporte durchgeführt?

Aus o. g. Gründen war eine gesonderte Beantragung für den Transport dieser Beamten über die Amtshilfeanträge des Auswärtigen Amtes und des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung nicht erforderlich.

- b) Zu welchem Zweck wurden die BKA-Beamten transportiert, was war ihre Mission am Zielort?

Auf die Antwort zu Frage 15 wird verwiesen.

16. Wie erklärt die Bundesregierung, dass zum Transport von Journalisten ein Amtshilfeersuchen des Landes Mecklenburg-Vorpommern erforderlich ist, zum Transport von Polizisten aber nicht?

Grundsätzlich setzt jeder Transport von Personengruppen mit Fahrzeugen, Luftfahrzeugen oder Schiffen und Booten der Bundeswehr einen Amtshilfeantrag voraus.

- a) Sind Militär und Polizei schon so weit miteinander vermengt, dass solche Transportdienste informell und quasi „auf Zuruf“ durchgeführt werden dürfen?

Nein

- b) Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus diesen nicht auf dem Wege der Amtshilfeersuchen durchgeführten Unterstützungsleistungen, um in Zukunft die Trennung von Polizei und Militär wieder sichtbar zu machen und auch den Eindruck zu zerstreuen, die Bundeswehr sei ein Taxiunternehmen?

Für alle Transporte lagen Amtshilfeanträge des Auswärtigen Amtes bzw. des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung vor.

17. Auf welche Weise wurden wann welche Polizeiebenen über die Möglichkeit und das Abfassen von Amtshilfeersuchen informiert, geschult oder hingewiesen, und auf Grundlage welcher Materialien, Vorträge, Handreichungen o. Ä. wurden diese Einweisungen von wem jeweils vorgenommen?

Alle Behörden, auch die Polizeiebenen des Landes Mecklenburg-Vorpommern, sind aufgrund der Regelungen des Verwaltungsverfahrensgesetzes des Bundes vom 25. Mai 1976 über die Anwendungsbereiche, Verfahren, Zuständigkeiten, Amtshilfepflicht, Voraussetzungen und Grenzen, Durchführung sowie Kosten informiert.

Das Wehrbereichskommando I „Küste“ führte eine Informationsveranstaltung über Verfahren bei der Unterstützung durch die Bundeswehr für Polizeien im Rahmen der Amtshilfe nach Artikel 35 Grundgesetz für die Ebene Abteilungsleiter von Polizei/Katastrophenschutz in den Innenministerien sowie Polizeipräsidenten/-vizepräsidenten am 27. März 2007 durch.

18. Warum wurden am 6. und 7. Juni 2007 sieben Tonnen Verpflegung und Versorgungsgüter von Bundeswehrehubschraubern an Polizeikräfte ausgeliefert, ohne dass hierfür ein Amtshilfeersuchen gestellt wurde?

Wer hat diese Dienste wann und in welcher Form beantragt, und wer hat wann und auf welcher Rechtsgrundlage die Genehmigung hierfür erteilt?

Aufgrund der Situation der abgeschnittenen Polizeikräfte in Heiligendamm (bereits stundenlanger Einsatz, keine ausreichende Menge an Trinkwasser, Gefahr der Dehydrierung der Beamten) stellte die BAO KAVALA mündlich kurzfristig am 6. und 7. Juni 2007 den Antrag auf Zuführung von Wasser und Verpflegung

mit Hubschraubern der Bundeswehr (siehe Anlage 2, Seite 4). Die Hilfeverpflichtung gegenüber den Polizeikräften wurde von Wehrbereichskommando I „Küste“ als zwingend und zulässig nach Artikel 35 Grundgesetz beurteilt. Die Durchführung der Hilfeleistung wurde durch Befehlshaber Wehrbereichskommando I „Küste“ entschieden.

19. Hat die Bundesregierung Überlegungen angestellt, ob das Grundgesetz das mittelbar obrigkeitliche Tätigwerden der Bundeswehr in Form der Bereitstellung von Spähpanzern, Tornados und Transportkapazitäten für die Polizei unter Genehmigungsvorbehalt nach Artikel 87a Grundgesetz stellt?

Die erbrachte technisch-logistische Amtshilfe war verfassungsgemäß nach Artikel 35 Grundgesetz. Artikel 87a Grundgesetz ist insoweit nicht einschlägig. Daher sind aus Sicht der Bundesregierung keine weiteren Überlegungen in diesem Zusammenhang erforderlich.

- a) Wenn nein, warum nicht?
- b) Wenn ja, welche Überlegungen wurden konkret angestellt, welche Abwägungen wurden vorgenommen?

Auf Antwort zu Frage 19 wird verwiesen.

Übersicht der Antragsverfahren im Rahmen der Amtshilfe zum G8-Gipfel

Antrags Nr.	Behörde	Antragsdatum	Wortlaut des Antrages	Begründung des Antragstellers	Anzahl/Umfang der beantragten Unterstützung (Pers/Mat/Gerät)	1. Bearbeitung durch /Datum 2. Genehmigung durch /Datum
1.	AA	04.10.06	<p>Sehr geehrte Herren, als Mitarbeiter des Arbeitsstabs OS-07 im Protokoll des Auswärtigen Amtes (AA) für die Vorbereitung der EU-G8-Präsidentschaft der Bundesregierung..... Leider ist die Kapazität des Flughafens Laage-Rostock mit der Aufnahme der G8-VIP Flugzeuge erschöpft.... bitte ich Sie zu prüfen, ob die Bundeswehr für dieses Transportvorhaben einige CH 53 Hubschrauber der Heeresfliegertruppe zur Verfügung stellen kann..... Ein weiteres Problem bereiten die für die Zuführung von VIP in Heiligendamm definierte Hubschrauberlandeplätze, die ausschließlich von Hubschraubern der Bundespolizei genutzt werden. Diese beiden Flächen eignen sich mit ihrer aktuellen Oberflächenbeschaffenheit (hohe Foreign Object Damage (FOD) - Gefährdung durch losen Sand und Geröll) nicht zur Anlandung von Hubschraubern..... Gibt es in der Bundeswehr Einheiten, die diese Flächen mit „Panzerplatten“ oder ähnlichen vielleicht moderneren Hilfsmitteln temporär befestigen und somit für die Anlandung von Hubschraubern nutzbar machen könnten?</p>	<p>Kapazität des Flughafens Laage-Rostock erschöpft</p> <p>Vorhandene Landeflächen ungeeignet / Gefährdung durch losen Sand und Geröll</p>	<p>- Transport der Outreach Delegationen von Tegel nach Heiligendamm mit Mittleren Transporthubschraubern (MTH) CH 53 am 08.06.07.</p> <p>- Herrichtung von zwei Hubschrauberlandeplätze (HSchrLPI) und erforderlicher temporärer Zuwegung.</p>	<p>1. Wehrbereichskommando (WBK I) vom 26.04.07 2. BMVg BM vom 26.04.07</p>

Antrags Nr.	Behörde	Antragsdatum	Wortlaut des Antrages	Begründung des Antragstellers	Anzahl/Umfang der beantragten Unterstützung (Pers/Mat/Gerät)	1. Bearbeitung durch /Datum 2. Genehmigung durch /Datum
2.	IM MV	27.03.06 vor diesem Hintergrund bitte ich sie das Land Mecklenburg-Vorpommern (M-V) durch die Bereitstellung von Unterbringungs-, Ver- und Entsorgungskapazitäten zu unterstützen und grundsätzlich der Bereitstellung des im Rahmen der polizeilichen Einsatzvorbereitung noch zu spezifizierenden technischen Gerätes durch die Bundeswehr zuzustimmen.	Keine ausreichenden eigenen Kapazitäten	<ul style="list-style-type: none"> - Moltke-Kaserne Dabel - Blücher-Kaserne Schwerin - Warnow-Kaserne Demen - Damerow-Kaserne Karow 	1. WBK I vom 26.04.07 2. BMVg BM vom 26.04.07
3.	IM MV für BPol	23.03.07	WBK I Küste wird gebeten, den Bedarf der Bundespolizei an materieller Unterstützung gem. anliegender Aufstellung bereitzustellen. darüber hinausgehende Anforderungen werden später nachgereicht.	Abstellflächen im zivilen Bereich nicht vorhanden	<ul style="list-style-type: none"> - Abstellfläche für 10 Polizeihubschrauber - Gebäude zur Einrichtung einer Einsatzbasis mit notwendigen Versorgungs- und IT-Einrichtungen - 80 Unterkunftsplätze - Versorgung von bis zu 200 Einsatzkräften 	1. WBK I vom 26.04.07 2. BMVg BM vom 26.04.07
4.	IM LPBK	18.01.07	Mit der Vorbereitung und Durchführung der materiell - technischen, logistischen u. medizinischen Absicherung der polizeilichen Einsätze.... ist das Landesamt für zentrale Aufgaben und Technik der Polizei, Brand- u. Katastrophenschutz (LPBK) beauftragt worden. Um die anstehenden, unabweislichen Aufgaben erfüllen zu können, reichen die Kapazitäten des Rettungs- und Katastrophenschutzes M-V nicht aus. Daher übergebe ich ihnen in der Anlage unsere Anforderung.	Aus Antragsformular: Zivile Einrichtungen und Organisationen stehen nicht bzw. nicht rechtzeitig in ausreichender Stärke zur Verfügung. Alle geeigneten Kräfte sind bereits eingesetzt.	<ul style="list-style-type: none"> - Bereitstellung einer mobilen Sanitätseinrichtung i.S.e. Rettungszentrums (Mobile Sanitätseinrichtung (MSE)) als Medical Center zur Kapazitätenerweiterung der Regelversorgung angelehnt an Kreiskrankenhaus Bad Doberan (Hohenfelde) vom 01.-10.06.07 - 1 GRH mit San Einrüstung - Sanitätspersonal für SAR-Hubschrauber Bell-UH 1D 	1. WBK I vom 26.04.07 2. BMVg BM vom 26.04.07

Antrags Nr.	Behörde	Antragsdatum	Wortlaut des Antrages	Begründung des Antragstellers	Anzahl/Umfang der beantragten Unterstützung (Pers/Mat/Gerät)	1. Bearbeitung durch /Datum 2. Genehmigung durch /Datum
5.	BPA	22.01.07	Sehr geehrte Damen und Herren, die Bundesrepublik Deutschland hat für das Jahr 2007 den Vorsitz der G 8-Gruppe übernommen.... Für die erwarteten rund 3.000 Medienvertreter wird im benachbarten Kühlungsborn ein temporäres Pressezentrum errichtet.... Im Rahmen meiner Verantwortung für den Bereich Sicherheit im Arbeitsstab G 8 Gipfel 2007 bitte ich Sie für das BPA um Unterstützungsleistungen der Bundeswehr u.a. zur Gewährleistung sicherer Transportwege für die Journalisten. Gemäß der als Anlage beigefügten Aufstellung erbittet das BPA Unterstützungsleistungen in Form von Seefahrzeugen und Hubschraubertransporten sowie Sanitätsversorgung für zwei Pressezentren.	Ziviles Bootspersonal und sicherheitsüberprüfte Boote für die Einfahrt in den Bereich Einsatzabschnitt (EA) See im zivilen Bereich nicht vorhanden	- Transfer für 200-300 Journalisten zwischen Kühlungsborn u. Heiligendamm zur See vom 06. bis 08.06.07 geplant als alternativer Transport bei Blockaden	1. WBK I vom 26.04.07 2. BMVg BM vom 26.04.07
6.	BPA	22.01.07	siehe Antragstext Nr. 5	Gerät beim Antragsteller nicht vorhanden	- Hubschraubertransport für 200-300 Journalisten mit MTH CH 53 am 05./ 06.06.07 von Laage nach Kühlungsborn und von Kühlungsborn nach Hohen Luckow	1. WBK I vom 26.04.07 2. BMVg BM vom 26.04.07
7.	BPA	22.01.07	siehe Antragstext Nr. 5	Geeignetes sicherheitsüberprüftes Personal beim Antragsteller nicht vorhanden	- Sanitätsnotversorgung im Briefing Center Heiligendamm für den ges. Personalumfang vom 05.- 09.06.2007	1. WBK I vom 26.04.07 2. BMVg FÜ S V 4 vom 26.04.07

Antrags Nr.	Behörde	Antragsdatum	Wortlaut des Antrages	Begründung des Antragstellers	Anzahl/Umfang der beantragten Unterstützung (Pers/Mat/Gerät)	1. Bearbeitung durch /Datum 2. Genehmigung durch /Datum
8.	BPA	22.01.07	siehe Antragstext Nr. 5	Geeignetes sicherheitsüberprüftes Personal beim Antragsteller nicht vorhanden	- Sanitätsnotversorgung im Pressezentrum Kühlungsborn für den gesamten Personalumfang vom 05.- 09.06.2007	1. WBK I vom 26.04.07 2. BMVg BM vom 26.04.07

Antrags Nr.	Behörde	Antragsdatum	Wortlaut des Antrages	Begründung des Antragstellers	Anzahl/Umfang der beantragten Unterstützung (Pers/Mat/Gerät)	1. Bearbeitung durch /Datum 2. Genehmigung durch /Datum
9.	BPol	23.03.07 Aufgrund der kurzfristigen Terminsetzung konnte der nachfolgend aufgeführte Bedarf für den Zeitraum 29.05.-10.06.2007 spezifiziert werden. Darüber hinausgehende Anforderungen werden später nachgereicht.	Geeignete einsatznahe Abstellflächen und Unterkunftsmöglichkeiten beim Antragsteller nicht vorhanden	<p>Marinestützpunkt Hohe Düne / Warnemünde</p> <ul style="list-style-type: none"> - Abstellfläche für zwei Polizeihubschrauber - Unterbringung für die Hubschrauberbesatzungen - Örtlichkeit zum Aufbau einer mobilen Hundezwingeranlage - Abstellfläche für schwere Dienstfahrzeuge (Wasserwerfer, Lkw) - Sicherstellung der sanitätsdienstlichen und ärztlichen Versorgung von Einsatzkräften der Bundespolizei im vorhandenen Sanitätszentrum der Bundeswehr - Möglichkeit zur Einrichtung eines behelfsmäßigen Kfz-Instandsetzungspunktes - 30 Unterkunftsplätze für Einsatzkräfte <p><u>Hansekaserne in Rostock</u></p> <ul style="list-style-type: none"> - Parkmöglichkeiten für 40 Dienst-Kfz - Lande- und Abstellfläche für 6 Polizeihubschrauber (MTH) - Räumlichkeiten zum Aufenthalt von 130 Einsatzkräften mit Telefonanschluss - Aufstellmöglichkeiten für Relaisstationsmasten - Abstellmöglichkeiten für Wasserwerfer, inklusive Strom- und Wasserversorgung <p><u>Damerower-Kaserne in Karow</u></p> <ul style="list-style-type: none"> - 200 Unterbringungsplätze für Einsatzkräfte der Bundespolizei 	<p>1. WBK I vom 26.04.07</p> <p>2. BMVg BM vom 26.04.07</p>

Antrags Nr.	Behörde	Antragsdatum	Wortlaut des Antrages	Begründung des Antragstellers	Anzahl/Umfang der beantragten Unterstützung (Pers/Mat/Gerät)	1. Bearbeitung durch /Datum 2. Genehmigung durch /Datum
10.	IM MV		Übersetzungsdienste durch WBK I „Küste“ im Zeitraum 01/07 bis 06/07	nicht in Anspruch genommen		1. WBK I vom 26.04.07 2. BMVg BM vom 26.04.07
11.	LPBK	05.03.07	Auf Anforderungsformular: 1. Bereitstellung von 2 Spürpanzer Fuchs 2. eine Notdekontaminationseinrichtung für Verletzte und 3 Trinkwasserwagen als Ergänzung von zivilen Komponenten..... Grund für den Unterstützungsantrag: sind Kapazitäten der Feuerwehren, des Rettungsdienstes und des Katastrophenschutzes..... in vollem Umfang ausgeplant bzw. verfügen nicht über die notwendige Ausstattung...	Aus Antragsformular: Zivile Einrichtungen und Organisationen stehen nicht bzw. nicht rechtzeitig in ausreichender Stärke zur Verfügung. Alle geeigneten Kräfte sind bereits eingesetzt.	- Notdekontaminationseinheit für Verletzte in Hohenfelde, angelehnt an Krankenhaus Bad Doberan	1. WBK I vom 26.04.07 2. BMVg BM vom 26.04.07
12.	LPBK	05.03.07	siehe Antragstext Nr. 11	siehe Antragstext Nr. 11	- Bereitstellung 3 Trinkwasserwagen - Bereitstellung 2 Spürpanzer Fuchs ABC-Abwehr - ABC-Abw Berater zur BAO KAVALA	1. WBK I vom 26.04.07 2. BMVg BM vom 26.04.07

Antrags Nr.	Behörde	Antragsdatum	Wortlaut des Antrages	Begründung des Antragstellers	Anzahl/Umfang der beantragten Unterstützung (Pers/Mat/Gerät)	1. Bearbeitung durch /Datum 2. Genehmigung durch /Datum
13.	IM MV	13.03.07	<p>.... erfolgt nunmehr die Präzisierung des Unterstützungsbedarfes durch das Land M-V. WBK I wird gebeten, die Maßnahmen.....in der Anl. 1 genannten Führungs- und Einsatzmittel bzw. die Umsetzung der genannten Maßnahmen zu unterstützen.</p> <p>Auszug aus der Anlage: Beantragt wird der Einsatz von Flugzeugen des AG 51 zu Aufklärungszwecken. Beabsichtigt ist eine Aufklärungsflugeinheit etwa 14 Tage vor und eine mit Beginn der Einsatzphase. Um entsprechende Auswertetechnik und personal wird in diesem Zusammenhang gebeten. Ziel ist die Erkennung möglicher Erddepots sowie die Erfassung von Manipulationen an wichtigen Straßenzügen im Einsatzraum.</p>	Geeignetes Gerät beim Antragsteller nicht vorhanden	- 2 Flüge zur Aufklärung von Veränderungen der Erdoberflächenbeschaffenheit durch Tornado	<p>1. WBK I vom 26.04.07 2. BMVg BM vom 26.04.07</p>

Antrags Nr.	Behörde	Antragsdatum	Wortlaut des Antrages	Begründung des Antragstellers	Anzahl/Umfang der beantragten Unterstützung (Pers/Mat/Gerät)	1. Bearbeitung durch /Datum 2. Genehmigung durch /Datum
14.	IM MV	13.03.07	<p>.... erfolgt nunmehr die Präzisierung des Unterstützungsbedarfes durch das Land M-V. WBK I wird gebeten, die Maßnahmen.....in der Anl. 1 genannten Führungs- u. Einsatzmittel bzw. die Umsetzung der genannten Maßnahmen zu unterstützen.</p> <p>Auszug aus der Anlage: In verschiedenen Bereichen werden 9 geschlossene Spähtrupps Fennek zur Geländeaufklärung benötigt: 3 geschlossene Spähtrupps im Einsatzabschnitt (EA) Heiligendamm innerhalb der gesicherten Zone v. 30.05.07 – 08.06.07 3 geschlossene Spähtrupps im EA Raumschutz II für den stationären Einsatz in der Zeit vom 29.05.07 bis zum 08.06.07 abgesetzt vom Straßennetz. 3 geschlossene Spähtrupps Fennek zur Überwachung von Geländeteilen um den Flughafen Rostock-Laage in der Zeit vom 01.06.07 bis zum 09.06.07</p>	Geeignetes Gerät beim Antragsteller nicht vorhanden	<ul style="list-style-type: none"> - 9 AufklSys Fennek 30.05. bis 08.06, davon <ul style="list-style-type: none"> o 3 x Heiligendamm, o 3 x Raumüberwachung o 3 x Flugplatz Rostock-Laage 	<ol style="list-style-type: none"> 1. WBK I vom 26.04.07 2. BMVg BM vom 26.04.07
15.	IM MV	13.03.07	<p>.... erfolgt nunmehr die Präzisierung des Unterstützungsbedarfes durch das Land M-V. WBK I wird gebeten, die Maßnahmen.....in der Anl. 1 genannten Führungs- u. Einsatzmittel bzw. die Umsetzung der genannten Maßnahmen zu unterstützen.</p> <p>Auszug aus der Anlage: 1.2 Pioniertechnik 600 m Faltstrasse und 250 m Gitterplattenstrasse zur Befestigung von Waldwegen.....</p>	Geeignetes Gerät beim Antragsteller nicht vorhanden	<ul style="list-style-type: none"> - ca. 160 m Schnellbaustraße mit Faltstraßengerät (FSG) zur temporären Befestigung eines Ausweichweges 10 Tage Liegezeit 	<ol style="list-style-type: none"> 1. WBK I vom 26.04.07 2. BMVg BM vom 26.04.07

Antrags Nr.	Behörde	Antragsdatum	Wortlaut des Antrages	Begründung des Antragstellers	Anzahl/Umfang der beantragten Unterstützung (Pers/Mat/Gerät)	1. Bearbeitung durch /Datum 2. Genehmigung durch /Datum
16.	BKA	29.03.07	<p>..... Bundeskriminalamt (BKA) Abt. Rosenheim hat den Auftrag, die Versorgung der Innenschutzkräfte des BKA sicherzustellen.</p> <p>.....ist es notwendig, die ostwärts des Cafes liegende freie Fläche mit einem ebenen, festen und wetterunabhängigem Grund zu versehen.</p> <p>Hiermit wird um Prüfung gebeten, ob die Bundeswehr für o.a. Fläche einen geeigneten Grund zu Verfügung stellen kann.</p>	Geeignetes Gerät beim Antragsteller nicht vorhanden	<ul style="list-style-type: none"> - ca. 300 qm Schnellbaustraße 6-Eck-Platte zur temporären Befestigung zur Aufstellung von Küchencontainern, 10 Tage Liegezeit 	<ul style="list-style-type: none"> 1. WBK I vom 26.04.07 2. BMVg BM vom 26.04.07
17.	IM MV	13.03.07	<p>.... erfolgt nunmehr die Präzisierung des Unterstützungsbedarfes durch das Land M-V.</p> <p>WBK I wird gebeten, die Maßnahmen.....in der Anl. 1 genannten Führungs- und Einsatzmittel bzw. die Umsetzung der genannten Maßnahmen zu unterstützen.</p> <p>Auszug aus der Anlage: 6 Kilometer S – Draht (3- fach Pyramide) im EA Heiligendamm</p> <p>580 m S-Draht (1- fach) Gutshof Hohen Luckow</p>	Geeignetes Gerät beim Antragsteller nicht vorhanden	<ul style="list-style-type: none"> - Errichtung mehrerer 3-facher Sicherungs-Drahtrollenzäune (gesamt ca. 7 km) außerhalb des abgesperrten Bereichs Heiligendamm - Bereitstellung und Transport von 1800 Sicherungs-Rollen 	<ul style="list-style-type: none"> 1. WBK I vom 26.04.07 2. BMVg BM vom 26.04.07

Antrags Nr.	Behörde	Antragsdatum	Wortlaut des Antrages	Begründung des Antragstellers	Anzahl/Umfang der beantragten Unterstützung (Pers/Mat/Gerät)	1. Bearbeitung durch /Datum 2. Genehmigung durch /Datum
18.	IM MV	13.03.07	<p>.... erfolgt nunmehr die Präzisierung des Unterstützungsbedarfes durch das Land M-V. WBK I wird gebeten, die Maßnahmen.....in der Anl. 1 genannten Führungs- u. Einsatzmittel bzw. die Umsetzung der genannten Maßnahmen zu unterstützen.</p> <p>Auszug Aus der Anlage: - 218 Nachtsichtbrillen Typ BIV 35 - 98 Ferngläser (10 x 50) - 10 Zelte (5 x 5 m) - 2 Zelte (10 x 10 m) ohne Mittelstange - 1000 Decken und 1000 Isoliermatten</p>	Geeignetes Gerät beim Antragsteller nicht mehr vorhanden, da eigene Bestände bereits im Einsatz gebunden sind	<ul style="list-style-type: none"> - 218 Nachtsichtbrillen Typ BIV 35 - 98 Ferngläser (10 x 50) - 10 Zelte (5 x 5 m) - 2 Zelte (10 x 10 m) ohne Mittelstange - 1000 Decken und - 1000 Isoliermatten 	<p>1. WBK I vom 26.04.07</p> <p>2. BMVg BM vom 26.04.07</p>
19.	THW LWL	28.02.07	... Leiter des Technischen Hilfswerkes (THW) Ludwigslust ... zur Prüfung vorgetragen. THW Ludwigslust verfügt über Radlader 18 to. ... fehlt THW eigene Transportkapazität. Anfrage an die Bw zur Verfügungstellung...	Geeignetes Gerät beim Antragsteller nicht vorhanden	<ul style="list-style-type: none"> - 1 Tieflader 18 to. mit Zugfahrzeug (Zeitraum 01.06 – 10.06.07) 	<p>1. WBK I vom 26.04.07</p> <p>2. BMVg BM vom 26.04.07</p>

Antrags Nr.	Behörde	Antragsdatum	Wortlaut des Antrages	Begründung des Antragstellers	Anzahl/Umfang der beantragten Unterstützung (Pers/Mat/Gerät)	1. Bearbeitung durch /Datum 2. Genehmigung durch /Datum
20.	IM MV	13.03.07	<p>.... erfolgt nunmehr die Präzisierung des Unterstützungsbedarfes durch das Land M-V. WBK I wird gebeten, die Maßnahmen.....in der Anl. 1 genannten Führungs- u. Einsatzmittel bzw. die Umsetzung der genannten Maßnahmen zu unterstützen.</p> <p>Auszug aus der Anlage: Der Einsatzabschnitt Luft benötigt i.d. Liegenschaft Hohe Düne einen Unterrichtsraum, zwei abgesetzte Räume weiterer Unterkunftsbedarf.... darüber hinaus werden Abstell- u. Betankungsmöglichkeiten für 5 Hubschrauber ... benötigt.</p>	Geeignete einsatznahe logistische Unterstützungsmöglichkeiten / techn. Ausstattung beim Antragsteller nicht vorhanden	<ul style="list-style-type: none"> - Einrichtung einer gemeinsamen Flugeinsatzzentrale im Marinestützpunkt Hohe Düne (MarStPkt Hohe Düne), incl. Unterbringung mit 25 Übernachtungseinheiten (UE) - Abstellfläche für fünf Hubschrauber 	<p>1. WBK I vom 26.04.07 2. BMVg BM vom 26.04.07</p>
21.	IM MV	13.03.07	<p>.... erfolgt nunmehr die Präzisierung des Unterstützungsbedarfes durch das Land M-V. WBK I wird gebeten, die Maßnahmen.....in der Anl. 1 genannten Führungs- u. Einsatzmittel bzw. die Umsetzung der genannten Maßnahmen zu unterstützen.</p> <p>Auszug Aus der Anlage: Radartechnik zur Erkennung von Gleitschirmfliegern u.ä. Flugsportgeräten im EA Luft Der Polizeiführer bittet um Prüfung, ob mit Führungs- und Einsatzmitteln der Bw die Abwehr von Kleinstflugkörpern möglich ist</p>	Geeignetes Gerät beim Antragsteller nicht vorhanden	<ul style="list-style-type: none"> - Aufklärungs- / Radartechnik (1 x Luftraumüberwachungsradar (LÜR)) zur Erkennung von Kleinstflugkörpern 	<p>1. WBK I vom 26.04.07 2. BMVg BM vom 26.04.07</p>

Antrags Nr.	Behörde	Antragsdatum	Wortlaut des Antrages	Begründung des Antragstellers	Anzahl/Umfang der beantragten Unterstützung (Pers/Mat/Gerät)	1. Bearbeitung durch /Datum 2. Genehmigung durch /Datum
22.	IM MV	13.03.07	<p>.... erfolgt nunmehr die Präzisierung des Unterstützungsbedarfes durch das Land MVP. WBK I wird gebeten, die Maßnahmen.....in der Anl. 1 genannten Führungs- und Einsatzmittel bzw. die Umsetzung der genannten Maßnahmen zu unterstützen.</p> <p>Auszug aus der Anlage: 3 Minensuchschiffe zur Absuche des Sperrgebietes nach verdächtigen Gegenständen im EA Seesicherheit</p>	Geeignetes Gerät beim Antragsteller nicht vorhanden	<ul style="list-style-type: none"> - 2 Minenjagdboote zum Absuchen des Sperrgebietes vom 01.-09.06. nach Fremdkörpern und - Austausch von Verbindungsoffizieren zum EA See vom 29.05. - 09.06.07 	<ul style="list-style-type: none"> 1. WBK I vom 26.04.07 2. BMVg BM vom 26.04.07
23.	IM MV	13.03.07	<p>.... erfolgt nunmehr die Präzisierung des Unterstützungsbedarfes durch das Land M-V. WBK I wird gebeten, die Maßnahmen.....in der Anl. 1 genannten Führungs- u. Einsatzmittel bzw. die Umsetzung der genannten Maßnahmen zu unterstützen.</p> <p>Auszug aus der Anlage: 1 Tauchschiff mit Minentauchern zur Absuche der Seebrücke</p>	Geeignetes Gerät beim Antragsteller nicht vorhanden	<ul style="list-style-type: none"> - 1 Boot mit Minentauchern vom 1.06. - 5.06.07 zum Abtauchen der Seebrücke 	<ul style="list-style-type: none"> 1. WBK I vom 26.04.07 2. BMVg BM vom 26.04.07
24.	AA		<p>Bereitstellung von Notärzten als Transportbegleitung der Delegationen und den stationären Einsatz in Heiligendamm</p> <ul style="list-style-type: none"> - 1 Leitender Notarzt - 3 Notarztwagenbesatzungen - 1 Rettungsteam <p>- 1 SAR Hubschrauber in Standby auf Flugplatz Laage</p>	<p>nicht in Anspruch genommen nicht in Anspruch genommen nicht in Anspruch genommen</p> <p>in Anspruch genommen</p>	<p>Bereitstellung von Notärzten als Transportbegleitung der Delegationen und den stationären Einsatz in Heiligendamm</p> <ul style="list-style-type: none"> - 1 Leitender Notarzt - 3 Notarztwagenbesatzungen - 1 Rettungsteam <p>- 1 SAR Hubschrauber in Standby auf Flugplatz Laage</p>	<ul style="list-style-type: none"> 1. WBK I vom 26.04.07 2. BMVg BM vom 26.04.07

Antrags Nr.	Behörde	Antragsdatum	Wortlaut des Antrages	Begründung des Antragstellers	Anzahl/Umfang der beantragten Unterstützung (Pers/Mat/Gerät)	1. Bearbeitung durch /Datum 2. Genehmigung durch /Datum
25.	BAO	20.04.07	... es wurde jedoch festgelegt, dass die in dieser Anlage befindlichen "Materialien" als abschließend zu betrachten sind. Vor diesem Hintergrund bitte ich Sie diesen "erweiterten Bedarf" entsprechend Ihren Möglichkeiten den jeweiligen Einsatzabschnitten zur Verfügung zu stellen. Auszug aus der Anlage: 6 Betonboxen mit Stahleinlagen zur Lagerung von Munition und Sprengstoff - diese Betonboxen können ab sofort im Landeskriminalamt M-V in Rampe stationiert werden.	Den Bestimmungen in der Lagerung und im Umgang mit Munition entsprechende einsatznahe geeignete Lagermöglichkeiten beim Antragsteller nicht vorhanden	- Bereitstellung von sechs Betonboxen mit Stahleinlage	1. WBK I vom vom 29.03.07 2. SKUKdo vom 04.04.07
26.	BAO	27.04.07	... die Lage in den Einsatzabschnitten verändert sich ständig. Damit ergeben sich mitunter auch Verschiebungen mit Führungs- u. Einsatzmitteln..... EA 12 – Abendveranstaltung wird nach neuesten Überlegungen eine solche Faltstrasse auf einer Länge von ca. 80 m zur Anbindung an einen Autobahnparkplatz benötigt. ... Ich bitte sie mich zu den Möglichkeiten der Realisierung eines derartigen Projektes zu informieren.	Geeignetes Gerät beim Antragsteller nicht vorhanden	- Einsatzabschnitt 12 – Abendveranstaltung 100m Schnellbaustraße zur temporären Befestigung eines Ausweichweges Quellental, 10 Tage Liegezeit	1. WBK I vom 08.05.07 2. BMVg SKUKdo vom 12.05.07 (Erweiterung AntragsNr. 15)
27	BKA	22.05.07	... das Bundeskriminalamt (BKA) hat den Marinestützpunkt Hohe Düne als einen von drei Fluchtpunkten bei einem nötigen Abbruch des G8 Gipfels festgelegt.	Geeignete Liegenschaft, die den Anforderungen an einen Evakuierungspunkt entsprechen beim Antragsteller einsatznah nicht vorhanden	- Nutzung MarStPktHohe Düne als Evakuierungspunkt	1. SKUKdo vom 23.05.07 2. BMVg Füs V 4 vom 23.05.07

Antrags Nr.	Behörde	Antragsdatum	Wortlaut des Antrages	Begründung des Antragstellers	Anzahl/Umfang der beantragten Unterstützung (Pers/Mat/Gerät)	1. Bearbeitung durch /Datum 2. Genehmigung durch /Datum
28	BAO	26.04.07	<p>... Hintergrund dieses Ersuchens ist die Schaffung einer Möglichkeit, Unterstützungseinheiten der Polizeien der Länder für die Bewältigung eigener Ad-hoc-Lagen ohne Zeitverzug per Luftverlastung aus dem Einsatzraum in angrenzende Bundesländer zurückführen zu können....</p> <p>Vor diesem Hintergrund bitte ich Sie, das Land Mecklenburg-Vorpommern durch die Bereitstellung von drei Hubschrauber CH 53 in der Zeit vom 29.05. bis zum 09.06.2007 zu unterstützen.</p>	nicht in Anspruch genommen	- Lufttransport Polizei mit C- 160 3 Std-Bereitschaft zur Verlegung von adhoc-Kräften der Polizei	<p>1. WBK I vom 26.04.07</p> <p>2. BMVg Sts vom 30.05.07</p>
29	BPA	04.06.07	<p>... Billigung des Antrages IPresse- und Informationsamtes der Bundesregierung (BPA) auf Transport von ca. 30 Journalisten mit einem Hubschrauber der Bundeswehr im Zusammenhang mit dem G8-Partnerprogramm am 7. Juni 2007.</p> <p>....ist für Donnerstag, 7. Juni 2007, ein G8-Partnerprogramm vorgesehen. Es wird vom Gatten der Frau Bundeskanzlerin geleitet. Beabsichtigt sind Besuche auf der Burg Schlitz sowie in Wismar.</p>	Geeignetes Gerät beim Antragsteller nicht vorhanden	- Transport von Journalisten für Partnerinnen-Programm am 07.06.2007 von Heiligendamm nach Burg Schlitz und zurück nach Wismar 1 Hubschrauber CH 53	<p>1. SKUKdo G3 v. 04.06.07</p> <p>2. BMVg Sts 04.06 07</p>

Antrags Nr.	Behörde	Antragsdatum	Wortlaut des Antrages	Begründung des Antragstellers	Anzahl/Umfang der beantragten Unterstützung (Pers/Mat/Gerät)	1. Bearbeitung durch /Datum 2. Genehmigung durch /Datum
30	Stadt Schwerin	30.05.07	<p>Auf Anforderungsformular:</p> <p>1. Landeshauptstadt Schwerin bittet um Bereitstellung von 3 Rettungstransportwagen (RTW) mit Besatzung zur medizinischen Absicherung</p> <p>2. Grund für den Unterstützungsantrag : Sicherungsmaßnahmen innerhalb der Stadt Schwerin im Zusammenhang mit der Durchführung des G8- Gipfels.</p> <p>Am 02.06.07 finden im Stadtgebiet Schwerin unterschiedliche Demonstrations-Veranstaltungen mit einer bisher geschätzten Teilnehmerzahl (6000 und mehr Teilnehmern) statt. ...</p>	Zivile Einrichtungen und Organisationen stehen nicht in ausreichender Stärke zur Verfügung	- Sanitätsdienstliche Unterstützung (3 Krankenkraftwagen (KrKw)) während einer Demonstration am 02.06.2007 in Schwerin konnte nicht bereitgestellt werden	<p>1. OPZ SanKdo 1 vom 30.05.07</p> <p>2. SanKdo 1 vom 30.05.07</p>
31	BAO	31.05.07für die Versorgung der Einsatzkräfte werden größere Mengen Mückenschutzmittel benötigt. Ich bitte zu prüfen, ob die Bereitstellung von 1000 Flaschen Mückenschutzmittel über die Bundeswehr kurzfristig möglich ist.	Antragsteller verfügt über keine Depotorganisation, die die benötigten Stückzahlen vorrätig hat und den Sofortbedarf abdecken kann	- Versorgung der Einsatzkräfte mit 1000 Flaschen Mückenschutzmittel	<p>1. OPZ WBK I vom 31.05.07</p> <p>2. SanKdo I vom 31.05.07</p>

Antrags Nr.	Behörde	Antragsdatum	Wortlaut des Antrages	Begründung des Antragstellers	Anzahl/Umfang der beantragten Unterstützung (Pers/Mat/Gerät)	1. Bearbeitung durch /Datum 2. Genehmigung durch /Datum
32	AA	01.06.07	<p>....unter Berücksichtigung der besonderen zu erwartenden Verkehrssituation um den Veranstaltungsort Heiligendamm und der Nebenveranstaltungsorte bitte ich Sie zu prüfen, ob der Einsatz der Großraumhubschrauber für folgende mögliche Transportaufgaben ausgeweitet werden kann:</p> <p>1. am 06. 06. Mitflug von Mitarbeitern des AA (ca. 15) mit einem der vom BPA angeforderten Hubschrauber von Tegel nach Heiligendamm/Kühlungsborn....</p> <p>2. Die Fahrer der offiziellen Kolonnen in Heiligendamm trotz Polizeiunterstützung nicht passiert werden können, steht die Durchführung des Fahrbetriebes in Frage....</p> <p>3. Am 07. 06. sollen im Rahmen des G8-Gipfels die Teilnehmer des J8-Gipfels zu einer offiziellen Veranstaltung von Wismar nach Kühlungsborn und zurück gefahren werden.</p>	<p>Geeignetes Gerät beim Antragsteller nicht vorhanden</p> <p>Mitfluggenehmigung im Rahmen bereits genehmigter Flüge und freier Kapazitäten</p>	<p>vom 01.06 und 03.06.07 Hubschraubertransfer von</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Mitarbeitern AA Tegel - Heiligendamm 2. Übersetzer AA Tegel – Heiligendamm 3. Militärkraftfahrer Heiligendamm bei Bedarf 4. Teilnehmer J8 Gipfel bei Bedarf 	<ol style="list-style-type: none"> 1. OPZ WBK I vom 01.06.07 2. Mitfluggenehmigung durch BMVg FüSV4 vom 01.06.07, in Abstimmung mit Büro Sts

Antrags Nr.	Behörde	Antragsdatum	Wortlaut des Antrages	Begründung des Antragstellers	Anzahl/Umfang der beantragten Unterstützung (Pers/Mat/Gerät)	1. Bearbeitung durch /Datum 2. Genehmigung durch /Datum
33	BPol	04.06.07	Zur Sicherstellung des Lufttransports von Staatsgästen wirken Hubschrauberkräfte der Bundeswehr (Heeresflieger und Flugbereitschaft BMVg) und der Bundespolizei zur Unterstützung des Auswärtigen Amtes zusammen.... Da es sich bei den geplanten Flugvorhaben um eine nicht geringe Anzahl von Flugbewegungen ... handelt, ist nach h.E. die umfassende Absicherung der Flugbewegungen am Landeplatz durch Maßnahmen des Brandschutzes erforderlich.... Ich bitte deshalb, den flugbetrieblichen Brandschutz am Landeplatz Heiligendamm, Galopprennbahn vom 06.6. - 08.6. mit Feuerwehrräften der Bundeswehr kurzfristig sicher zu stellen.	Maßnahme ist durch den Flugdienst der Bundespolizei wegen der erheblichen sonstigen Bindungen der Flugbetriebsversorgungsdienste an mehreren Landstellen im Einsatzraum nicht zu leisten.	- Flugbetrieblicher Brandschutz am Landeplatz Heiligendamm mit Bundeswehr-Kräften	1. OPZ WBK I vom 04.06.07 2. BMVg Fü S V 4 v.04.06.07

Übersicht der eingesetzten Truppenteile auf der Zeitachse mit Einsatzstärken, Einsatzorten und Tätigkeiten

AntragsNr Amtshilfe gem. Anl.1 Drucksache 16/6046	TrTle	1. Tag	1. Tag	1. Tag	1. Tag	1. Tag	1. Tag	1. Tag	1. Tag	1. Tag	1. Tag	1. Tag	
		2. Stärke	2. Stärke	2. Stärke	2. Stärke	2. Stärke	2. Stärke	2. Stärke	2. Stärke	2. Stärke	2. Stärke	2. Stärke	2. Stärke
		3. Ort	3. Ort	3. Ort	3. Ort	3. Ort	3. Ort	3. Ort	3. Ort	3. Ort	3. Ort	3. Ort	
		4. Auftrag	4. Auftrag	4. Auftrag	4. Auftrag	4. Auftrag	4. Auftrag	4. Auftrag	4. Auftrag	4. Auftrag	4. Auftrag	4. Auftrag	
15 16 17 26	3./PiBtl 140	15. -30.05.07	31.05.2007	01.06.2007	02.06.2007	03.06.2007	04.06.2007	05.06.2007	06.06.2007	07.06.2007	08.06.2007	09.06.-Abschluss der	Rückbau- Maßnahmen
		35	0	0	0	0	22	10	10	10	10	42	
		Heiligendamm, Kühlungsborn	keiner	keiner	keiner	keiner	Hohenfelde	Laage	Laage	Laage	Laage	Heiligendamm, Kühlungsborn Hohenfelde Laage	
		Bau von S- Rollenzaun Verlegen Schnellbau- strasse	keiner	keiner	keiner	keiner	Bau von S- Rollenzaun	Bau von S- Rollenzaun	Bau von S- Rollenzaun	Bau von S- Rollenzaun	Bau von S- Rollenzaun	Rückbau von S- Rollenzaun, Schnellbaustrasse	
keine Amtshilfe	3./SpezPiBtl 164	08. -25.05.07	26.-31.05.07	01.06.2007	02.06.2007	03.06.2007	04.06.2007	05.06.2007	06.06.2007	07.06.2007	08.06.2007	09.06.-Abschluss der Rückbaumaßnah men	
		36	11	7	7	7	7	7	7	7	7	40	
		Laage	Laage	Laage	Laage	Laage	Laage	Laage	Laage	Laage	Laage	Laage	
		Aufbau / Einrichten Feldlager	Betrieb Feldlager	Betrieb Feldlager	Betrieb Feldlager	Betrieb Feldlager	Betrieb Feldlager	Betrieb Feldlager	Betrieb Feldlager	Betrieb Feldlager	Betrieb Feldlager	Betrieb Feldlager	Betrieb Feldlager Rückbau Feldlager
12	6./ABCAbw Rgt 750		31.05.2007	01.06.2007	02.06.2007	03.06.2007	04.06.2007	05.06.2007	06.06.2007	07.06.2007	08.06.2007	09.06.2007	
			27	27	27	27	27	27	27	27	27	27	
			Rostock Hohe Dühne	Rostock Hohe Dühne	Rostock Hohe Dühne	Rostock Hohe Dühne	Rostock Hohe Dühne	Rostock Hohe Dühne					
14	2./PzAufkIL Btl 3	30.05.2007	31.05.2007	01.06.2007	02.06.2007	03.06.2007	04.06.2007	05.06.2007	06.06.2007	07.06.2007	08.06.2007	09.06.2007	
		39	39	39	39	39	39	39	39	39	39	39	
		Heiligendamm, Laage, Raum südl. Rostock	Heiligendamm Laage, Raum südl. Rostock	Heiligendamm Laage, Raum südl. Rostock	Heiligendamm Laage, Raum südl. Rostock	Heiligendamm Laage, Raum südl. Rostock	Heiligendamm Laage, Raum südl. Rostock	Heiligendamm, Laage, Raum südl. Rostock	Heiligendamm Laage, Raum südl. Rostock	Heiligendamm Laage, Raum südl. Rostock	Heiligendamm, Laage, Raum südl. Rostock	Heiligendamm, Laage, Raum südl. Rostock	Heiligendamm, Laage, Raum südl. Rostock
	Überwachungs- aufträge	Überwachungs- aufträge	Überwachungs- aufträge	Überwachungs- aufträge	Überwachungs- aufträge	Überwachungs- aufträge	Überwachungs- aufträge	Überwachungs- aufträge	Überwachungs- aufträge	Überwachungs- aufträge	Überwachungs- aufträge	Rückverlegung	

		1. Tag	1. Tag	1. Tag	1. Tag	1. Tag	1. Tag	1. Tag	1. Tag	1. Tag	1. Tag	1. Tag	
		2. Stärke	2. Stärke	2. Stärke	2. Stärke	2. Stärke	2. Stärke	2. Stärke	2. Stärke	2. Stärke	2. Stärke	2. Stärke	
		3. Ort	3. Ort	3. Ort	3. Ort	3. Ort	3. Ort	3. Ort	3. Ort	3. Ort	3. Ort	3. Ort	
		4. Auftrag	4. Auftrag	4. Auftrag	4. Auftrag	4. Auftrag	4. Auftrag	4. Auftrag	4. Auftrag	4. Auftrag	4. Auftrag	4. Auftrag	
Keine Amtshilfe	FJgBtl 151		31.05.2007 379	01.06.2007 617	02.06.2007 631	03.06.2007 634	04.06.2007 635	05.06.2007 641	06.06.2007 641	07.06.2007 640	08.06.2007 635	09.06.- 10.06.2007 92	
			Rostock, Warnemünde Hohenfelde Sanitz Laage	Rostock, Warnemünde Hohenfelde Sanitz Laage	Rostock, Warnemünde Hohenfelde Laage	Rostock, Warnemünde Hohenfelde Sanitz Laage	Rostock, Warnemünde Hohenfelde Sanitz Laage	Rostock, Warnemünde Hohenfelde Sanitz Laage Bad Sülze, Bad Doberan, Bützow, Tessin	Laage, Hohenfelde,				
			Eigen-sicherung	Eigen-sicherung	Eigen-sicherung	Eigen-sicherung	Eigen-sicherung	Eigen-sicherung	Eigen-sicherung Objekt-kontrollen	Eigen-sicherung Objekt-kontrollen	Eigen-sicherung Objekt-kontrollen	Eigen-sicherung Objekt-kontrollen	Nachaufsicht
12	3./TrspBtl 165					03.06.2007 7	04.06.2007 7	05.06.2007 7	06.06.2007 7	07.06.2007 7	08.06.2007 7	09.06.2007 7	
						Malchow	Malchow	Malchow	Malchow	Malchow	Malchow	Malchow	
						Bereitschaft Wasser-container	Bereitschaft Wasser-container	Bereitschaft Wasser-container	Bereitschaft Wasser-container	Bereitschaft Wasser-container	Bereitschaft Wasser-container	Bereitschaft Wasser-container	Rückverlegung
4 7 8 11 24	LazRgt 11 / SanRgt12	21.- 28.05.2007	29.- 31.05.2007	01.06.2007	02.06.2007	03.06.2007	04.06.2007	05.06.2007	06.06.2007	07.06.2007	08.06.2007	09.- 10.05.2007	11.- 12.05.2007
		69	136	161	163	171	183	196	196	196	196	159	46
		Hohenfelde	Hohenfelde	Hohenfelde	Hohenfelde	Hohenfelde	Hohenfelde	Hohenfelde	Hohenfelde	Hohenfelde	Hohenfelde	Hohenfelde	Hohenfelde
	Aufbau Rettungs-zentrum	Aufbau Rettungs-zentrum, Ausbildung	Betrieb Rettungs-zentrum	Betrieb Rettungs-zentrum	Betrieb Rettungs-zentrum	Betrieb Rettungs-zentrum	Betrieb Rettungs-zentrum	Betrieb Rettungs-zentrum	Betrieb Rettungs-zentrum	Betrieb Rettungs-zentrum	Betrieb Rettungs-zentrum	Betrieb Rettun-gszentrum Vorbereiten Rückbau	Rückbau Rettun-gszentrum
5 22 23	UstgKräfte Marine	23.- 28.05.2007	29.- 31.05.2007	01.06.2007	02.06.2007	03.06.2007	04.06.2007	05.06.2007	06.06.2007	07.06.2007	08.06.2007		
		12 + 5 Ziv.	136 + 8 Ziv.	178 + 8 Ziv.	178 + 8 Ziv.	178 + 6 Ziv.	138 + 6 Ziv.	459	388	338	350		
		Warnemünde	Warnemünde	Warnemünde	Warnemünde	Warnemünde	Warnemünde	Warnemünde	Warnemünde	Warnemünde	Warnemünde	Warnemünde	
	Vorbereiten Einsatz V-Boote	Vorbereiten Einsatz V-Boote, Bottom Search	Bottom Search	Bottom Search	Bottom Search	Bottom Search	Bottom Search	Personentransport Überw. Einsatzgebiet	Personentransport Überw. Einsatzgebiet	Personentransport Überw. Einsatzgebiet	Personentransport Überw. Einsatzgebiet		
1	11. ObjS Rgt Lw	29.05.2007	30.- 31.05.2007									19.06.2007 bis Fertigstellung	
		12	22									22	
		Heiligendamm,										Heiligendamm	

		1. Tag	1. Tag	1. Tag	1. Tag	1. Tag	1. Tag	1. Tag	1. Tag	1. Tag	1. Tag	1. Tag	
		2. Stärke	2. Stärke	2. Stärke	2. Stärke	2. Stärke	2. Stärke	2. Stärke	2. Stärke	2. Stärke	2. Stärke	2. Stärke	
		3. Ort	3. Ort	3. Ort	3. Ort	3. Ort	3. Ort	3. Ort	3. Ort	3. Ort	3. Ort	3. Ort	
		4. Auftrag	4. Auftrag	4. Auftrag	4. Auftrag	4. Auftrag	4. Auftrag	4. Auftrag	4. Auftrag	4. Auftrag	4. Auftrag	4. Auftrag	
		Bau Hubschrauberlandeplätze											Rückbau Hubschrauberlandeplätze
Keine Amtshilfe	ObjSRgt Lw	30.05.-02.06.2007				03.06.2007	04.06.2007	05.06.2007	06.06.2007	07.06.2007	08.06.2007		
		132				207+141	215+141	215+141	215+141	215+141	215+141		
		Laage				Laage	Laage	Laage	Laage	Laage	Laage		
		Eigensicherung				Eigensicherung zusammengefasst mit Kräften JaboG 33							
Keine Amtshilfe	SichStff JaboG 33 "S"	30.05.-02.06.2007											
		41											
		Laage											
Keine Amtshilfe	FiaRakGrp 21	Eigensicherung											
									06.06.2007		08.06.2007		
									24		24		
17	Fia RakGrp 24	15.- 24.05.2007								06.06.2007	07.06.2007	08.06.2007	
		8								8	8	8	
		Heiligendamm Kühlungsborn								Laage	Laage	Laage	
20	EinsFüBer3 EinsGrp	Bau Sicherungszäune für S-Rollenzaun											
						16	16	16	28 + 1Ziv.	28 + 1Ziv.	28 + 1Ziv.		
						Rostock Hohe Dühne VbdgE EinsFüDstLw							
19	LogBtl 172				02.06.2007	03.06.2007	04.06.2007	05.06.2007	06.06.2007	07.06.2007	08.06.2007		
					2	2	2	2	2	2	2		
					Ludwigslust	Ludwigslust	Ludwigslust	Ludwigslust	Ludwigslust	Ludwigslust	Ludwigslust		
21	FiaAufklBttr 100 (LÜR)				03.06.2007	04.06.2007	05.06.2007	06.06.2007	07.06.2007	08.06.2007			
					8	8	8	8	8	8			

		1. Tag	1. Tag	1. Tag	1. Tag	1. Tag	1. Tag	1. Tag	1. Tag	1. Tag	1. Tag	1. Tag	
		2. Stärke	2. Stärke	2. Stärke	2. Stärke	2. Stärke	2. Stärke	2. Stärke	2. Stärke	2. Stärke	2. Stärke	2. Stärke	2. Stärke
		3. Ort	3. Ort	3. Ort	3. Ort	3. Ort	3. Ort	3. Ort	3. Ort	3. Ort	3. Ort	3. Ort	3. Ort
		4. Auftrag	4. Auftrag	4. Auftrag	4. Auftrag	4. Auftrag	4. Auftrag	4. Auftrag	4. Auftrag	4. Auftrag	4. Auftrag	4. Auftrag	4. Auftrag
					Hohenfelde								
					Ustg. Luftlagebild								
2	Territoriale Wehrverwaltung	30.05.2007 bis Abschluss Übergabe Liegenschaften											
		Ca 60 Ziv											
		Sternbuchholz, Karow, Demen, Dabel											
		Betrieb der Unterkünfte											
6 29 32 33	DLO / Heeresflieger							05.06.2007	06.06.2007	07.06.2007	08.06.2007		
								59	60	61	61		
								Laage	Laage	Laage	Laage		
								Transportaufträge	Transportaufträge	Transportaufträge	Transportaufträge		
Keine Amtshilfe	KVK HRO, DBR, GÜ, PCH, SN, NVP¹	01.- 09.06.2007											
		31											
		HRO, DBR, GÜ, PCH, SN, NVP											
		Bereitschaft											

Grau unterlegte Felder stellen Kräfte und Mittel für Eigensicherung dar und sind keine Amtshilfeanträge.

Anmerkung zu nicht aufgeführten Antragsnummern gem. Übersicht der Anträge Beilage 1:

AntragsNr. 9 = Nur Bereitstellung Infrastruktur, kein Personaleinsatz.

AntragsNr. 10 = Nicht in Anspruch genommen.

AntragsNr. 13 = Auf Zusammenarbeit angewiesen, Personaleinsatz verblieb unter Leitung Luftwaffe.

AntragsNr. 18 = Nur Bereitstellung Material, kein Personaleinsatz.

AntragsNr. 25 = Nur Bereitstellung Material, kein Personaleinsatz.

AntragsNr. 27 = Nur Bereitstellung Infrastruktur, kein Personaleinsatz.

AntragsNr. 28 = Nicht in Anspruch genommen, Bereitschaftsregelung erfolgte aus Routinedienst.

AntragsNr. 30 = Antrag wurde abgelehnt.

AntragsNr. 31 = Nur Bereitstellung Material, kein Personaleinsatz.

¹ Erläuterung der Abkürzungen für die Kreisverbindungskommandos: HRO = Hansestadt Rostock, DBR=BAD Doberan, GU=Güstrow ,PCH=Parchim ,SN=Stadt Neubrandenburg ,NVP= Nordvorpommern

